



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Flucht vom Lande. 2

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

krieg ging zu dieser Zeit noch seinen lahmen Gang und kam erst Mitte Mai durch den Frieden von Teschen zum Austrag. Die Preußen verlangten ungehinderte Werbung in den herzoglich weimarischen Landen, General Möllendorf bestand darauf, Werbekommandos ins Land selbst zu schicken, und die Einwände, die Herzog Karl August bei seinem Oheim, dem großen Friedrich erhob, fanden in diesem Augenblick kein günstiges Ohr. Von Ende Januar 1779 datirt der bekannte Brief Goethes an den Herzog, der eigentlich mehr eine Denkschrift als ein Brief ist, und worin der Dichter die schärfste Einsicht in die bedrängte Lage des machtlosen Kleinstaats gegenüber den Forderungen und dem Machtbewußtsein der großen Mächte an den Tag legt. Hält man diesen Brief mit den Bemerkungen zusammen, die Goethe unter dem 1. Februar über die Konseilsetzung des gleichen Tages seinem Tagebuch vertraute („Conseil. Dumme Lust drinne. Fataler Humor von Fr. 4 zuviel gesprochen. — 4 steht noch immer an der Form stille. Falsche Anwendung auf seinen Zustand, was man bei andern gut und groß findet. Verblendung am äußerlichen Übertünchen“), so ergibt sich, daß der Dichter fürstlichen Selbsttäuschungen vorbeugen wollte. Er setzte weder Vertrauen auf den Anschluß an die Staaten zweiten und dritten Ranges, die mit Weimar-Eisenach in gleicher Gefahr und Verdammnis waren, noch auf die Beschwerden, die man im äußersten Falle beim Reichstag zu Regensburg erheben konnte. Er hielt offenbar im ganzen die feste Abweisung der preußischen Ansprüche und Abwehr etwa doch ins Land eindringender Werbekommandos für das geratenste, war der Meinung, daß die Preußen selbst es nicht zu einem öffentlichen unangenehmen Ausbruch kommen lassen und, wenn sie Standhaftigkeit sähen, sich begnügen würden, in der Stille zu necken und hier und da einigen Abbruch zu thun. Aber er forderte nachdrücklich, daß man sich, bevor man handle, alle Möglichkeiten klar vor Augen stelle, „weil die augenblicklichen Entschlüsse in solchen Gelegenheiten selten die Folgen zu Rate ziehen.“ (Goethe an Herzog Karl August, Ende Januar 1779.)

(Schluß folgt)



Die Flucht vom Lande

2



n der Antwort auf die Szmulasche Interpellation in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 20. April hat der Landwirtschaftsminister namens der Staatsregierung außer der in Aussicht gestellten Bekämpfung der „Auswüchse“ der Freizügigkeit noch einige weitere Maßregeln genannt, durch die die Regierung eine Milderung des augenblicklichen Notstands zu versuchen bereit sei. Von nennenswertem Interesse ist darunter wohl nur die Aussicht auf die reichsgesegliche Ein-

führung des Konzessionszwangs für die gewerbmäßige Arbeitsvermittlung. Sie entspricht einem ausgesprochenen Bedürfnis, und man wird dabei vor scharfen Kontrollmaßregeln nicht zurückschrecken dürfen. Natürlich ist irgend welcher Erfolg in der Hauptfache, um die es sich in der ganzen Frage handelt, von diesem in der That winzig kleinen Mittel kaum zu erwarten. Hinweisen wenigstens möchte ich hier beiläufig auch darauf, daß man endlich einem Mangel abhelfen sollte, der mit der menschlichen Natur einfach unverträglich ist, d. i. dem Mangel an jeder Überwachung der Freizügigkeit Minderjähriger. Die modernen Verkehrsverhältnisse entziehen die eben der Schule erwachsenen Knaben und Mädchen vielfach völlig der elterlichen Autorität und Verantwortung. Die Gleichgiltigkeit des Staats gegen die doch ganz offenbar daraus erwachsenden schweren Schäden ist mir immer unbegreiflich gewesen. Vereinsthätigkeit, auch die kirchliche, reicht nicht aus, wenn geholfen werden soll. Hier sind durchgreifende gesetzliche Neuorganisationen nötig, und zwar sehr weitgehende.

Die Erklärung der Staatsregierung enthält endlich noch folgenden, den Kern der Sache wenigstens berührenden Satz: „Die Arbeiterwohlfahrtspflege auf dem Lande bedarf der thunlichsten Förderung. Über diese Frage wird ein Benehmen mit den landwirtschaftlichen Interessenvertretungen in die Wege geleitet werden, um diese vorwiegend dem Gebiete der Selbsthilfe angehörende Aufgabe auch staatlischerseits zu fördern.“ Soll aber diese Selbsthilfe in der Hand der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen etwas leisten, so ist doch in erster Linie die Erkenntnis der bestehenden Mängel und der gute Wille, ihnen abzuhelfen, unerläßliche Voraussetzung. Ist darauf zu rechnen? Darf die Regierung sich auf die Landwirtschaftskammern verlassen, darf sie ihnen die Verantwortlichkeit in dieser so überaus wichtigen sozialen und nationalen Aufgabe überlassen? Darf das preußische Beamtentum auch in dieser Frage wieder hinter dem verhängnisvollen Schirme der „Selbstverwaltung“ Deckung suchen? Angesichts der Allmacht und der Natur der agrarischen Bewegung kann heute die Antwort nur lauten: Nein und abermals nein!

Die passive, wenn nicht ablehnende Haltung der preußischen Landwirtschaftskammern gegen die Bestrebungen des Vereins für Wohlfahrtspflege auf dem Lande ist erst kürzlich in der zweiten Hauptversammlung dieses Vereins durch den Direktor im Landwirtschaftsministerium Dr. Thiel ausdrücklich hervorgehoben und „tief bedauert“ worden. Man brauchte das vielleicht an und für sich nicht einmal allzu tragisch zu nehmen. Ein gewisses Mißtrauen gegen Vereinsagitationen wäre natürlich und verzeihlich, selbst wo es ungerechtfertigt ist, wie hier. Die Mittergutsbesitzer und Großbauern im Osten könnten sich sagen: Warum Vereinsagitation? Warum nicht offenes, energisches Eintreten der Landräte, der Regierungspräsidenten, der Oberpräsidenten für soziale Reformen, wie wir das in Preußen früher gewöhnt waren? Aber in Wirklichkeit ist die Sache doch sehr ernst. Das Agrariertum und damit die eigentliche, zur Zeit alleinherrschende Interessenvertretung der ostelbischen Großgrundbesitzer und Großbauern lehnt die soziale Reform auf dem Lande grundsätzlich ab. Das Agrariertum bestreitet entschieden, daß die Flucht vom Lande ihren Hauptgrund habe in den Zuständen auf dem Lande, in der sozialen Stellung der ostelbischen ländlichen Arbeiterbevölkerung, die mit den berechtigten Lebensansprüchen der deutschen Arbeiter unverträglich geworden ist. Das ist notorisch. Ausdrücklich ist dieser Standpunkt aber auch formuliert worden in der schon erwähnten Äußerung der Hamburger Nachrichten über die Szmulasche Interpellation. Das Blatt schreibt wörtlich: „Wir erblicken einen Hauptgrund des stets zunehmenden Verziehens der Arbeitskräfte vom Lande namentlich in der Unnehmlichkeit der städtischen Bequem-

lichkeiten und Vergnügungen, in den Tingeltangels, den Tanzsalons usw. Dabei halten wir den hohen Prozentsatz der weiblichen Zuzügler vom Lande in die Großstädte in der Hauptsache für ein Ergebnis des weiblichen Schulunterrichts auf dem Lande. Die Schulmädchen werden durch ihn gerade soweit ausgebildet, daß sie ländliche Arbeit in Wind und Wetter oder in Viehställen ihrer nicht mehr für würdig finden und sich befähigt glauben, ihre Existenz in der Hoffnung auf eine Nähmaschine und in Aussicht auf Tanz- und Tingeltangelvergnügen in der großen Stadt zu suchen. Wenn sie dahin kommen, so finden diejenigen, bei denen der Tanzsalon mehr Anziehungskraft als die Nähmaschine hat, sehr bald, daß ihr Verdienst ihren Ansprüchen nicht mehr genügt. Sie fallen dann leicht der Prostitution anheim und steigern so die großstädtischen Zustände, wie sie bei Beratung der lex Heinze und bei andern Gelegenheiten hinreichend erörtert worden sind. Wenn von freisinniger Seite den Landwirten geraten wird, ihre Leute besser zu behandeln, damit sie bei ihnen blieben, so enthält dies die Aufforderung, den Arbeitern auf den Dörfern Singspielhallen, Tanzsalons und dergleichen einzurichten. Das ist natürlich eine Unmöglichkeit." Und dann kommt die Forderung der „Repression,“ weil kein anderer Weg gangbar sei. Daß die Hamburger Nachrichten hiermit, in seinem Verständnis für die Regungen der Volksseele, die herrschende Anschauung des ostelbischen Agrariertums getroffen und etwa schwankenden Gemütern neuen Halt gegeben haben, ist nicht zu bezweifeln. Mögen auch einzelne Gutsbesitzer solche Rohheiten gebührend würdigen, in den Interessenvertretungen der Mittergutsbesitzer und Großbauern wird das in Hamburg formulierte Dogma in den nächsten Jahren praktisch den Ausschlag geben, wo immer es sich um praktische Maßnahmen gegen die Landflucht handelt, auch bei den Versuchen einer sogenannten innern Kolonisation. Die agrarische Bewegung macht die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen heute zu den ungeschickten Trägern der sozialen Reformen auf dem Lande. Mit ihnen macht man den Bock zum Gärtner. Wäre noch darauf zu rechnen, daß die höhern Verwaltungsbeamten in den Ostprovinzen instande und gewillt wären, der agrarischen Agitation mit der nötigen Energie entgegen zu treten, so könnte die Sache eine andre Gestalt gewinnen. Der gesunde Sinn unsrer Landwirte würde dann vielleicht Lust und Halt bekommen, und wenn auch langsam, so doch sicher, würde der Bann des rohen, oberflächlichen, gedankenlosen, kleinsüchtigen Eigennutzes, der jetzt die Lage beherrscht, gebrochen werden. Traut man im preussischen Landwirtschaftsministerium den ostelbischen Landräten usw. diese antiagrarische Energie zu? Hoffst der Ministerialdirektor Thiel darauf? Das ist unglaublich. Das Landwirtschaftsministerium und die Staatsregierung haben, so scheint es, endgiltig vor dem Agrariertum kapituliert, und die agrarischen Interessenvertretungen werden in den nächsten Jahren allen widerhaarigen königlich preussischen Beamten auch in der ländlichen Arbeiterfrage ganz gehörig die Wege weisen. Wer das nicht glaubt, der lese den amtlichen Bericht über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 20. April. Hat doch der Landwirtschaftsminister selbst für das Wagnis, dem hohen Hause ein harmlose Geschichte zu erzählen, nach der es im Osnabrückischen auch ohne „Repression,“ durch bessere Fürsorge zu Hause, gelingen sei, dem Abwandern der Arbeiter entgegen zu treten, die Herren aus dem Osten in einer Weise um Verzeihung zu bitten für nötig gehalten, die in Preußen neu ist. Das wird sich wohl nach den Neuwahlen zum Reichs- und Landtage vorläufig noch steigern.

Aber Bestand wird es nicht haben! Je toller mans treibt, um so schneller das Ende.

Es war nötig, bei diesen unerfreulichen Bildern solange zu verweilen, weil

jede Erörterung der Frage verfehlt und unfruchtbar ist, die von der Illusion ausgeht, daß man mit den Agrariern die Flucht vom Lande bekämpfen könne, es nicht gegen sie thun müsse. Daß sollten die konservativen Elemente unter den Gebildeten endlich begreifen lernen, sonst sind sie unfähig, ihrerseits die Landreform im Osten zu leiten, und unabsehbarer Schaden droht, wenn sie diese Reform in die begehrtlich darnach ausgestreckten Hände der Umsturzparteien demokratischer und sozialdemokratischer Richtung fallen lassen. Die Gefahr muß klar erkannt werden, die gerade für die hier in Frage stehende Reform das für die östlichen Zustände am wenigsten passende Selbstverwaltungsübermaß mit sich bringt.

Es ist eine nicht nur in agrarischen Kreisen vielfach ausgesprochne Ansicht, daß ein Übermaß gewerblicher Thätigkeit in Deutschland der Landwirtschaft die Arbeitskräfte raube und das platte Land entvölkere. Man verlangt deshalb nach einer Schranke für die gewerbliche Entwicklung oder doch wenigstens nach einer geringern Förderung der Industrie, namentlich der Exportindustrie. Es ist wertvoll, zu sehen, was die neuesten statistischen Erhebungen darüber lehren.

Es sind im Deutschen Reiche gezählt worden erwerbthätige Personen

	in der Landwirtschaft	in Gewerbe
1895	8 157 367	10 169 269
1882	8 155 596	7 340 789
1895 gegen 1882	+ 1 771 = 0,0 Prozent	+ 2 928 480 = 39,9 Prozent

Während also die Erwerbthätigen im Gewerbe (Industrie, Handel und Verkehr) um rund 40 Prozent zugenommen haben, ist die Zahl der in der Landwirtschaft Erwerbthätigen so gut wie unverändert geblieben. Im großen und ganzen wird man das nicht ohne weiteres als ungesund bezeichnen dürfen. Die Landwirtschaft ist ihrer Natur nach nicht in der Lage, die Arbeitsgelegenheit, wenigstens die lohnende, der wachsenden Volkszahl entsprechend zu vermehren. Sie braucht Raum; je mehr Maschinen u. dergl. Verwendung finden können, und je weniger ertragreich Klima und Boden ist — ceteris paribus —, desto mehr. Es muß also überall einmal ein Sättigungszustand eintreten, über den hinaus die landwirtschaftliche Bevölkerung den Überschuß an Nachkommenschaft abstößt, sei es durch Abgabe an Gewerbe im Inlande, sei es durch Auswanderung. In Gegenden mit vorwiegend Großbetriebe wird dieser Zustand im allgemeinen eher eintreten als in solchen mit Kleinbetrieb. Wie das Deutsche Reich im Vergleich mit andern Kulturstaaten daran ist, zeigen folgende Zahlen.

Es sind zuletzt gezählt worden erwerbthätige Personen

	in Gewerbe	in der Landwirtschaft
in Deutschland (1895)	10,2 Millionen	8,2 Millionen
„ Großbritannien und Irland (1891)	10,5 „	2,5 „
„ B. St. von Nordamerika (1890)	8,3 „	8,6 „
„ Frankreich (1891)	6,6 „	6,5 „
„ Oesterreich-Ungarn (1890)	4,9 „	12,9 „

und auf 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche (Acker, Wiese, Gartenland und Weinberge) kommen etwa

	in der Landwirtschaft erwerbthätige Personen	Einwohner überhaupt
in Deutschland	25	157
„ Großbritannien und Irland	13	205
„ B. St. von Nordamerika	6	44
„ Frankreich	19	110
„ Oesterreich-Ungarn	32	109

Deutschland hat also thatsächlich noch eine verhältnismäßig sehr große Zahl erwerbthätiger Personen in der Landwirtschaft, vollends wenn man Klima, Boden und Besitzverteilung in Betracht zieht. Ich glaube nicht, daß man eine Erhöhung der Zahl der Erwerbthätigen im Verhältnis zur landwirtschaftlich benutzten Fläche wird in Aussicht nehmen können, ohne die Lebenshaltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung im allgemeinen stark herabzudrücken, etwa auf die der slawischen Landarbeiter. Auch eine wesentliche Ausdehnung der landwirtschaftlichen Fläche ist nicht zu erwarten. Öd- und Unland ist nicht mehr viel zu kultiviren, und die Waldungen wollen wir lieber schonen als vernichten. Es scheint also in Deutschland im ganzen der Sättigungszustand für die Landwirtschaft nahezu erreicht zu sein, wie er in Frankreich schon seit hundert Jahren erreicht sein soll. Dort hat sich seit 1792 weder die landwirtschaftliche Fläche noch die landwirtschaftliche Bevölkerung nennenswert verändert. Wenn die Ergebnisse der Enquête décennale von 1892, die das französische Landwirtschaftsministerium kürzlich veröffentlicht hat, einen Volkswirt zu dem Ausdruck veranlaßt haben: *Les campagnes si belles de la France sont bien loin d'être dépeuplées. Elles ont perdu simplement l'accroissement de leur population*, so kann man das für Deutschland im ganzen, mit seinen 25 Erwerbthätigen auf 100 Hektar, noch mehr sagen. Freilich nur „im ganzen.“ Der Osten entvölkert sich, und der Westen ist in manchen Bezirken überbevölkert. Das Problem läuft also in gewissem Sinne nicht so sehr auf eine „richtigere“ Verteilung der Arbeitskräfte zwischen Industrie und Landwirtschaft hinaus, als auf eine richtigere Verteilung innerhalb der Landwirtschaft, eine Kolonisation des Ostens durch die Überschüsse des Westens, wo die Schollenkeberei und Parzellenwirtschaft, zusammen mit der Entwertung der Lohe und der Holzkohle u. dergl., oder dem Untergang von Hausindustrien hier und da schon den Jammer einer landwirtschaftlichen Überbevölkerung immer näher rückt. Gelänge diese Kolonisation in einigermaßen erheblichem Umfange, dann würde sich die Besserung der sozialen Lage auch der im Osten heimischen deutschen Landarbeiterschaft ganz von selbst ergeben.

Für diese Kolonisation muß auch das moderne, konstitutionelle Preußen die großen Mittel, die nötig sind, verfügbar machen. Hunderte von Millionen wären dafür nicht zu viel, und wenn sie sich erst in hundert Jahren verzinsten. Leider versagen auch hier die entarteten Reste des preußischen Liberalismus dem Staat die Unterstützung und zwingen ihn geradezu zur Unterwerfung unter den agrarischen Heerbann. Die preußischen Städte sind schuld daran, wenn das so fort geht. Ihre jämmerliche politische Unreife, wie sie sich in der Flottenfrage gezeigt hat, macht sich auch hier geltend und raubt ihnen jedes Recht, der agrarischen Unvernunft Vorwürfe zu machen.

Und doch haben unsre Städte ein ganz außerordentlich großes eignes Interesse an einer Reform der Lage der Landarbeiterschaft im Osten. Ich will auf die mehr oder weniger zweifelhaften Hypothesen über die Unfähigkeit der städtischen und industriellen Bevölkerung, sich selbst zu ersetzen und zu vermehren, gar nicht eingehen. Die Thatsache allein, daß die Städte und die Industriebezirke zur Zeit die Masse ihrer Arbeiterschaft vom Lande und in Preußen vor allem aus den Ostprovinzen beziehen, macht die Frage nach der Qualität dieses Zuzugs von Jahr zu Jahr brennender. Eine rohe, heimatlos gewordne, in zunehmendem Haß gegen die Besitzer aufwachsende Landarbeiterschaft ist, in die Großstadt versetzt, eine ungeheure Gefahr für die bürgerliche Gemeinschaft. Unser großstädtisches Proletariat krankt vor allem an den Zuständen auf dem Lande, aus denen es herkommt. Nur das moderne städtische Agrariertum, dem die Steigerung der Wohnungsmieten und

Grundstückspreise über alles geht, kann stumpfsinnig genug sein, das zu übersehen. Ganz gewiß sind die schlechten Vergütungen der Großstadt gefährliche Fallstricke auch für die guten Elemente unter den zuziehenden Landarbeitern, aber das Schlimmste ist das, was die Masse mitbringt: die soziale, wirtschaftliche und auch sittliche Verwahrlosung. Gerade in der Kindererziehung der aus dem Osten zugewanderten Arbeiterfamilien kann man das wahrnehmen. Mag der Fortschrittsphylister es heute für angebracht halten, mit der Sozialdemokratie gut Bruder zu sein und jeder Stärkung der Autorität im Staat und in der Familie, wenn es nur nicht die eigne ist, entgegen zu arbeiten, die Roheit der großstädtischen Arbeitermassen wird ihm die Strafe nicht ersparen. Unse Großstädte sind auf das platte Land im Osten angewiesen, auch wenn sie nicht für einen Pfennig für den Inlandsmarkt produzieren. Deutschlands Gewerbefleiß kann nicht gedeihen ohne eine gesunde Landbevölkerung, die ihm tüchtige Menschenkräfte liefert und nicht verkommenes, vaterlandsloses Gesindel.

Aber der städtische Gewerbefleiß im Osten hat doch auch sonst geschäftlich das größte Interesse daran, daß sich in Ostpreußen eine kulturfähige deutsche Landarbeiterschaft, ein kauffähiger deutscher Kleingrundbesitzerstand erhält und entwickelt. Zunächst wird natürlich das kleinstädtische Gewerbe durch die Entvölkerung des benachbarten platten Landes schwer getroffen, aber mit ihm geht zugleich der beste und sicherste Kunde der großstädtischen und großgewerblichen Produktion zu Grunde. Die deutsche innere Kolonisation in den Ostprovinzen würde für Handel und Gewerbe der ostelbischen Groß- und Mittelstädte eine Erhöhung des Umsatzes von Hunderten von Millionen bedeuten. Der „Freisinn“ der Großkrämer dieser Städte denkt natürlich nicht daran, den Finger darum zu rühren, ob die Ostmarken deutsch bleiben oder polnisch werden, für sie ist die Flucht vom Lande eine ganz und gar interesselose Sache.

Was im Osten zu geschehen hat, um deutsche Arbeiter heimisch zu machen, das hat in neuester Zeit ganz vortrefflich Buchenberger in seinem bekannten Buche „Grundzüge der Agrarpolitik“ gezeigt. Natürlich würde ein preussischer Landwirtschaftsminister heute Rock und Kragen riskieren, wollte er öffentlich eingestehen, von Buchenberger etwas lernen zu können. Der preussische Staat wird aber nolens volens bei den Kennern des Westens in die Schule gehen müssen, wenn er ernstlich das Deutschtum im Osten erhalten will. Mit Recht weist Buchenberger darauf hin, daß die Landwirtschaft im Osten in der Zeit von 1885 bis 1890 rund 600 000 Menschen verloren hat, während der dicht bevölkerte Süden nur 154 000 als Abgabe des platten Landes an die Städte zu buchen hatte. Im Süden, fügt er hinzu, sei aber recht eigentlich die Heimat des grundangesehnen Arbeiters, ebenso wie der Nordosten typisch sei als das Land der eigentumslosen Gutstagelöhner. Im Süden bildeten aber weiter die ländlichen Tagelöhner keine in sich abgeschlossene, durch eine tiefe soziale Kluft von dem Arbeitgeber getrennte Klasse. Diesen grundangesehnen, freien Arbeiter knüpfe nicht nur die Scholle, die ihm eigen sei, und die er Jahr um Jahr zu mehrern sich bemühe, sondern hundertfältige Interessen an die Gemeinde, der er durch Geburt angehöre, und in der er wirtschaftlich und gesellschaftlich wurzle. Ähnlich sei es da, wo eine Dorfverfassung und ein mannigfach gegliederter bäuerlicher Besitz die Grundeigentumsverfassung kennzeichne, wie dies auch für das Gebiet zwischen Weser und Elbe zutreffe. Und diese auf dem Untergrund einer breiten bäuerlichen Bevölkerung und des Dorfsystems ruhende Arbeitsverfassung habe bis jetzt auch den Ansprüchen des größeren Grundbesitzes nach Arbeitskräften leidlich Genüge geleistet, weil zu den eigentlichen Tagelöhnern in

diesen Bauerngemeinden zahlreiche weitere Arbeitslustige aus den Kreisen der Familienangehörigen kleiner und mittlerer Wirte träten, die keinen Anstand nähmen, in fremden Dienst zu treten.

Man sieht, mit der Kolonisation allein ist nicht geholfen, es kommt darauf an, wie kolonisiert wird. An eine schablonenhafte Übertragung der Grundeigentumsverfassung aus dem Westen nach dem Osten ist natürlich nicht zu denken. Nicht nur der Boden, sondern die Gesamtkultur von Land und Volk macht meiner Ansicht nach eine weitgehende Erhaltung des Großgrundbesitzes und des Großbetriebs in den östlichen Grenzprovinzen für hundert Jahre erwünscht. Aber wenn wir deutsche Landarbeiter im Osten erhalten wollen, die mehr wert sind als Polen, so ist zweierlei aus dem Westen herüberzuholen, einmal, und zwar sofort, die Möglichkeit für den Arbeiter, zum selbständigen, von einem Brotherrn völlig unabhängigen Grundeigentümer zu werden, und zweitens, so bald als möglich, sich als berechtigtes Mitglied der Heimatgemeinde zu fühlen. Die Begründung und Besiedlung von tatsächlich oder rechtlich geschlossenen Zwerggütern hilft nichts. Wie soll der Arbeiter durch sie zur Selbständigkeit und Unabhängigkeit gelangen? In der That zielt die agrarische Kolonisation leider vielfach geradezu darauf ab, dies zu verhüten. Die erste Rücksicht ist für sie, die Arbeiter zu fesseln, sodaß sie dauernd unselbständig und unabhängig, womöglich auf ein einziges größeres Gut als Arbeitsgelegenheit angewiesen bleiben. Ohne Beweglichkeit des Grundeigentums läßt sich gerade heute, wo es gilt, eine nach freier Bewegung verlangende Bevölkerungsklasse an die Heimat zu fesseln und an die größte Freiheit gewöhnte Kolonisten heran zu ziehen, nichts erreichen. Gelingt es aber, in hinreichender Anzahl Gemeinden zu schaffen mit der Möglichkeit für den Arbeiter, als Grundeigentümer klein anzufangen und sich allmählich zur vollen Selbständigkeit zu vergrößern, so werden diese Wirte die Söhne niemals, die Töchter nur zum Teil in der eignen Wirtschaft lohnend verwenden können, und mit der Zeit werden die Anwärter für den Gesindedienst und die freie Arbeit zunehmen. Pächter können dabei helfen, nur hat das Ansetzen von Zwergpächtern durch Großgrundbesitzer, wenn der Zwang zur Arbeit dabei der Zweck ist, für die Frage, um die es sich hier handelt, gar keinen Wert. Eine Schablone giebt es überhaupt nicht, nur müssen die zur Durchführung der Kolonisation Berufnen das Ziel, die Landbevölkerung mit Aussicht auf Selbständigkeit auszustatten, keiner Nebenrücksicht opfern, sie müssen mit einem Worte ehrlich zu Werke gehen.

Die großen Schwierigkeiten, die der Eifrigkeit einer tüchtigen deutschen Landarbeiterschaft durch die ostelbische Gemeindeverfassung in den Weg gelegt werden, sind nicht zu verkennen. Ich meine aber, daß sich in Gegenden, wo die Kolonisation selbst wirksam durchgeführt ist, der Boden für zeitgemäße Reformen schon ergeben wird. Unterbleiben dürfen sie nicht, aber sie sind nicht zur Voraussetzung des Beginns der Landreform zu machen. Mit der schablonenhaften Beseitigung der Gutsbezirke den Anfang machen zu wollen, hieße das Pferd beim Schwanz aufzäumen.

Aber der wichtigste Teil der Reform sollte — wenn Preußen noch Preußen ist — unverzüglich von allen königlichen Beamten im Osten begonnen werden, die rücksichtslose, dienstliche und außerdienstliche Einwirkung auf die Arbeitgeber zur Herbeiführung einer andern Auffassung des Verhältnisses vom deutschen Herrn zum deutschen Knecht. Selbst das Wohlwollen hat auf diesem Gebiete im Osten Formen beibehalten, die heute der Arbeiterschaft die Heimat verleiden müssen. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber sind darin hinter den industriellen zurück-

geblieben und haben dadurch ihre erziehende Einwirkung, zu der sie an sich in so weit höherem Grade befähigt und berufen sind, zum großen Teil verloren. Die „soziale Gesinnung“ des Einzelnen ist das A und O der Sache. Gebe der Himmel, daß ihre Reform nicht zu spät als dringlich erkannt wird.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Eine neue empfehlenswerte Reichsteuer. Mitte März sind Aktien der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen-Aktiengesellschaft im Nominalbetrage von fünfzehn Millionen Mark zur Zeichnung aufgelegt worden. Schon am Abend vor dem Zeichnungstage wurde aus Berlin berichtet, daß über hundertzwanzig Millionen Mark Aktien gezeichnet worden seien. Dies war aber nur ein geringer Teil der gesamten Zeichnungen. Welche Summe diese ausmachen, ist nicht bekannt gegeben. Man wird jedoch nicht fehlgehen, wenn man sie auf höher als sechshundert Millionen Mark annimmt. Dann wäre mehr als der vierzigfache Betrag gezeichnet worden. Ähnliche Überzeichnungen haben in den letzten Jahren zu wiederholten malen bei Emissionen von Aktien und Anleihen stattgefunden. Die Zeitungsberichte über den Verlauf der Zeichnungen pflegen den typischen Schluß zu enthalten: Die Zeichnung ist alsbald nach der Eröffnung infolge starker Überzeichnung geschlossen worden. Die jüngste Überzeichnung bedeutet nun nicht, daß für mehr als sechshundert Millionen Mark Aktien der neuen Elektrizitätsgesellschaft zur wirklichen Anschaffung begehrt worden sind. Diese Riesensumme ist vielmehr dadurch zu stande gekommen, daß die Zeichner in Erwartung einer vielfachen Überzeichnung den von ihnen bezogenen Betrag um das zehn-, zwanzig- und mehrfache gesteigert haben, um bei der Zuteilung wenigstens einen kleinen Teil des gezeichneten Betrags zu erhalten.

Die Auflage von Wertpapieren zur Zeichnung hat den Zweck, den Verkauf an die Personen zu vermitteln, die die Wertpapiere behufs dauernder Kapitalanlage erwerben wollen. Dies sind die sogenannten seriösen Zeichner. Der normale Verlauf würde daher sein, daß nur die seriösen Zeichner sich an der Zeichnung beteiligen, und daß sie nur den Betrag zeichnen, dessen Erwerb zum Zwecke dauernder Kapitalanlage sie beabsichtigen. Auch hierbei ist eine Überzeichnung möglich, sie wird sich aber in mäßigen Grenzen halten.

Bei den Zeichnungen kommt aber noch etwas andres zur Geltung. Die Auflage zur Zeichnung ist die Aufforderung der Emissionsbanken an Kauflustige, mittels der Zeichnungen Kaufangebote zu einem von den Emissionsbanken im voraus festgesetzten Kaufpreise (Kurse) zu machen. Diese Kursfestsetzung ist von wesentlicher Bedeutung. Von ihrer richtigen Normierung ist der Erfolg der Emission abhängig. Wird der Emissionskurs zu niedrig bemessen, so geht den Emissionsbanken ein Teil des Gewinnes verloren, der ihnen sonst zufallen würde. Wird der Kurs zu hoch bemessen, so stellen sich nicht genug Kauflustige ein, die Emission gelingt nur zum Teil, der börsenmäßige Kurs sinkt unter den Emissionskurs, und auch die nachträgliche Begebung der Wertpapiere durch allmählichen Verkauf stößt auf große Schwierigkeiten, weil das Vertrauen des Publikums zu dem Wertpapier erschüttert ist. Um diesen Gefahren zu begegnen, pflegt daher der Emissionskurs etwas unter dem mutmaßlichen Börsenkurs festgesetzt zu werden,